

Vasily Astrov (wiiw)

## Wirtschaftsaufschwung hält in den MOEL an

**Trotz einer Konjunkturflaute in den Ländern der EU 15 und der Aufwertungen in einigen Ländern verzeichneten die MOEL 2005 wieder ein robustes Wachstum. In den neuen EU-Ländern wurde es primär durch die Exportexpansion, in den anderen MOEL vor allem durch den boomenden Konsum getragen. Die Wirtschaftserfolge der neuen EU-Länder, aber auch der Beitrittsländer Bulgarien und Rumänien basieren im Wesentlichen auf der erfolgreichen Umstrukturierung dank massiver Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen. In den westlichen Balkanländern verbessern sich die politische Stabilität und die Aussichten für die EU-Integration zusehends, während Russland und die Ukraine nach wie vor von der Konjunktur auf dem Weltmarkt für Energie und Metalle abhängig sind.**

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erstellt. • Begutachtung: Peter Havlik, Hermine Vidovic • Wissenschaftliche Assistenz: Beate Muck, Hana Rusková, Monika Schwarzhappel • E-Mail-Adresse: [astrov@wiiw.ac.at](mailto:astrov@wiiw.ac.at)

2005 verzeichneten die meisten MOEL wieder ein robustes Wirtschaftswachstum (Übersicht 1). In den acht neuen osteuropäischen EU-Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) verlangsamte sich die Expansion gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt nur unwesentlich (von +5,3% auf +4,5%); sie übertraf den Durchschnitt der EU 15 (+1,5%) wie im Jahr zuvor um rund 3 Prozentpunkte. Somit trugen die neuen EU-Länder erneut positiv zur gesamteuropäischen Konjunktur bei und verzeichneten eine reale Konvergenz zur EU 15. In den meisten neuen EU-Ländern Ost-Mitteuropas war 2005 der Außenhandel der wichtigste Wachstumsmotor, in der Slowakei und im Baltikum dagegen die Binnennachfrage.

In Tschechien, der Slowakei und den drei baltischen Staaten beschleunigte sich das Wachstum; letztere weisen nach wie vor die höchsten Raten in der EU auf (Lettland +10,2%). Litauen und Lettland sind aber gleichzeitig die ärmsten Länder innerhalb dieser Gruppe, das Konvergenzpotential ist somit hoch. Die Wachstumsbeschleunigung in Tschechien und Estland könnte Ausdruck stabil hoher Investitionsquoten sein, und auch die Slowakei profitiert zunehmend vom Zufluss ausländischer Direktinvestitionen, insbesondere in die Autoindustrie.

Im Gegensatz dazu verlangsamte sich die Expansion in Ungarn und Slowenien leicht. Ungarns Wirtschaft ist besonders eng mit der EU 15 verflochten und war 2005 durch die Konjunkturflaute in Westeuropa beeinträchtigt. In Slowenien, das bislang als Musterbeispiel für ein stetiges Wachstum ohne größere makroökonomische Ungleichgewichte galt, werden möglicherweise die Folgen der langjährigen Abwertungs politik wirksam. Diese Politik hatte die Vermeidung von externen Ungleichgewichten zum Ziel, behinderte aber gleichzeitig die Umstrukturierung und dürfte somit die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Landes geschwächt haben.

Die merkliche Verlangsamung des Wachstums in Polen (2004 +5,3%, 2005 +3,2% allerdings mit einer kontinuierlichen Beschleunigung im Jahresverlauf) war nicht zuletzt auf die restriktive Geldpolitik der polnischen Nationalbank zurückzuführen, die angesichts des temporären Inflationsanstiegs nach dem EU-Beitritt den Leitzinssatz mehrmals angehoben hatte<sup>1)</sup>. Die daraus resultierende reale Aufwertung des Zloty ließ die Gewinne vor allem in den exportorientierten Branchen schrumpfen. Neben den

**Robustes Wachstum in den neuen EU-Ländern trotz Konjunkturflaute in der EU 15**

<sup>1)</sup> Aus ähnlichen Gründen stagnierte Polens Wirtschaft in den Jahren 2002 und 2003 beinahe.

Investitionen entwickelte sich auch der private Konsum schwach, vor allem zu Beginn des Jahres 2005. Im Laufe des Jahres wurde der Leitzinssatz zwar schrittweise gesenkt, mit 4,5% bleibt er aber der zweithöchste unter den neuen EU-Ländern (nach Ungarn).

Übersicht 1: Prognose für 2006 und 2007

	Bruttoinlandsprodukt, real				Verbraucherpreise <sup>1)</sup>				Arbeitslosenquote <sup>2)</sup>				Leistungsbilanzsaldo <sup>3)</sup>			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								In %				In % des BIP			
8 neue EU-Länder	+ 5,3	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,8	.	.	.	.	14,4	13,6	13,1	12,7	- 5,6	- 3,7	- 3,4	- 3,2
Tschechien	+ 4,7	+ 6,0	+ 5,5	+ 5	+ 2,8	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,4	8,3	8,0	7,5	7,5	- 6,0	- 2,1	- 1,8	- 1,7
Ungarn	+ 4,6	+ 4,1	+ 4,2	+ 4	+ 6,8	+ 3,6	+ 2	+ 3	6,1	7,2	7,2	7,3	- 8,6	- 7,3	- 8,0	- 7,7
Polen	+ 5,3	+ 3,2	+ 4	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,1	+ 2	+ 2	19,0	18,0	17,5	17	- 4,2	- 1,5	- 1,5	- 1,4
Slowakei	+ 5,5	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,5	+ 7,5	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,5	18,1	16,2	15	14	- 3,5	- 8,8	- 4,9	- 4,3
Slowenien	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	6,3	6,6	6	5,8	- 2,1	- 1,1	- 0,9	- 0,6
Estland	+ 7,8	+ 9,8	+ 8,0	+ 7,5	+ 3,0	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,0	9,6	7,9	7	6,5	- 12,7	- 10,5	- 8,5	- 6,9
Lettland	+ 8,5	+ 10,2	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,2	+ 6,7	+ 6	+ 4,8	10,4	8,7	8,5	8	- 12,9	- 12,5	- 11,0	- 10,5
Litauen	+ 7,0	+ 7,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 1,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	11,4	8,3	7,5	7	- 7,7	- 7,0	- 7,1	- 6,9
EU 15	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	8,1	7,9	7,8	7,6	0,4	- 0,1	.	.
EU 25	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	9,1	8,7	8,5	8,2	0,0	- 0,3	.	.
Bulgarien	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,3	+ 5	+ 6,1	+ 5,0	+ 6	+ 4	12,0	10,1	9	8	- 5,8	- 11,8	- 11,7	- 9,6
Rumänien	+ 8,4	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,5	+ 11,9	+ 9,0	+ 8	+ 7	8,0	7,0	7	7	- 8,4	- 8,7	- 8,5	- 8,5
Kroatien	+ 3,8	+ 4,3	+ 4	+ 4	+ 2,1	+ 3,3	+ 3	+ 2,5	13,8	13,1	13	12,8	- 5,1	- 6,3	- 5,8	- 5,2
Albanien	+ 6,7	+ 5,5	+ 5,5	+ 6	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2	14,4	14	14	14	- 4,7	- 5,9	- 5,0	- 4,5
Bosnien und Herzegowina	+ 6,0	+ 6,5	+ 6	+ 6	+ 0,7	+ 2,9	+ 2	+ 1	43,9	46	46	46	- 20,9	- 22,6	- 20,0	- 18,4
Mazedonien	+ 4,1	+ 3,6	+ 4	+ 4	- 0,4	+ 0,5	+ 2	+ 2	37,2	37,3	37	37	- 7,7	- 1,4	- 3,1	- 2,9
Montenegro	+ 3,7	+ 4	+ 5	+ 5	+ 2,4	+ 2,3	+ 3	+ 3	27,7	28	28	28	- 7,8	- 8,6	- 9,1	- 7,9
Serbien	+ 9,3	+ 6,3	+ 4	+ 4	+ 11,4	+ 16,2	+ 15	+ 15	18,5	20,0	22	23	- 12,6	- 8,7	- 10,0	- 10,0
Russland	+ 7,2	+ 6,4	+ 6,2	+ 6	+ 11,0	+ 12,5	+ 10	+ 8	8,2	7,6	7,5	7	9,9	11,0	8,3	5,9
Ukraine	+ 12,1	+ 2,6	+ 4	+ 6	+ 9,0	+ 13,5	+ 10	+ 9	8,6	7,0	8	8	10,6	3,1	0,6	- 0,5

Q: Nationale Statistiken; Europäische Kommission, "Economic Forecasts Spring 2006". 2005: vorläufige Zahlen, 2006 und 2007: Prognose des wiw (EU 15 und EU 25 laut Europäischer Kommission). - <sup>1)</sup> Bosnien und Herzegowina, Mazedonien: Einzelhandelspreise. - <sup>2)</sup> Gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt. Albanien, Bosnien und Herzegowina: registrierte Arbeitslose, Jahresendstand. - <sup>3)</sup> 8 neue EU-Länder, EU 15 und EU 25: einschließlich der Leistungsbilanzflüsse innerhalb der Region.

2005 überschritt das BIP erstmals in allen neuen EU-Ländern das Niveau vor Beginn der Transformation.

In allen neuen EU-Ländern – erstmals auch in Litauen und Lettland – überstieg das Bruttoinlandsprodukt 2005 sein Niveau vor Beginn der Transformation (Übersicht 2). Trotz der hohen Wirtschaftsdynamik sind die neuen EU-Mitgliedsländer immer noch wesentlich ärmer als die Länder der EU 15, ihr BIP pro Kopf beträgt nur 56% des Durchschnitts der EU 25. In Slowenien, dem reichsten neuen EU-Land (80% des Durchschnitts der EU 25), entspricht das Pro-Kopf-Einkommen etwa dem von Griechenland (83%), dem nach Portugal (71%) zweitärmsten Landes der EU 15. Lettland weist als das ärmste unter den neuen EU-Ländern ein BIP pro Kopf von nur 47% des Durchschnitts der EU 25 auf.

Leichte Abkühlung in den anderen MOEL

In den meisten südosteuropäischen Ländern wuchs die Wirtschaft 2005 entweder gleich rasch (Bulgarien, Montenegro) oder unwesentlich langsamer als im Vorjahr (Albanien, Mazedonien; Übersicht 1). Kroatien und Bosnien-Herzegowina verzeichneten sogar eine leichte Beschleunigung, wenn auch die statistischen Daten für Bosnien und Herzegowina (wie auch für Albanien) wenig zuverlässig erscheinen. Die lebhafteste Steigerung vor allem des privaten Konsums war die treibende Kraft in der ganzen Region. Entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder sind nach wie vor die regionale Stabilität und die Perspektive eines EU-Beitritts: Bulgarien und Rumänien werden voraussichtlich Anfang 2007 der EU beitreten (obwohl der endgültige Beschluss der EU erst Ende Juni 2006 fällig ist), während Kroatien und Mazedonien bereits offiziell als EU-Beitrittskandidaten anerkannt wurden.

In Bulgarien und Rumänien, aber auch in Montenegro wurde das Wachstum weitgehend durch die Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen und die damit verbundene Restrukturierung und Modernisierung getragen. Daneben spielen in diesen Ländern die heimischen Investitionen in Infrastruktur, verarbeitende Industrie und Tourismuseinrichtungen (vor allem in Montenegro) eine wichtige Rolle. Im Gegensatz

dazu stützt sich die Wirtschaftsentwicklung in Serbien und Albanien vor allem auf die hohe Dynamik im Dienstleistungssektor und insbesondere in der Bauwirtschaft, die häufig mit Auslandskrediten finanziert wird.

Übersicht 2: BIP und Preisniveau 2005 im internationalen Vergleich

	Zu laufenden Wechselkursen Mrd. €	Bruttoinlandsprodukt Zu Kaufkraftparitäten	Pro Kopf, EU 25 = 100	Real 1990 = 100	Preisniveau Relativ zur EU 25 Kaufkraft- paritäten je Wechselkurse
8 neue EU-Länder	535	955	56	141	56
Tschechien	98	176	74	122	56
Ungarn	88	146	62	132	60
Polen	240	444	50	148 <sup>1)</sup>	54
Slowakei	37	68	55	131	55
Slowenien	27	37	80	142	73
Estland	11	18	57	131	59
Lettland	13	25	47	102	50
Litauen	21	42	53	103	49
Bulgarien	21	58	32	103	37
Rumänien	79	167	33	111	48
Kroatien	31	50	49	108	61
Albanien	7	15	21	148	44
Bosnien und Herzegowina	10	24	27	.	42
Mazedonien	5	12	26	97	38
Montenegro	2	4	25	62 <sup>2)</sup>	45
Serbien	19	47	27		42
Russland	613	1.291	39	91	48
Ukraine	66	294	27	63	22
EU 25	10.802	10.802	100	138	100
EU 15	10.249	9.762	108	137	105
Deutschland	2.244	2.084	109	128	108
Österreich	245	235	123	138	104
Griechenland	179	215	83	155	84
Portugal	146	175	71	144	83
Spanien	903	992	99	157	91
USA	10.033	10.557	153	157	95
Japan	3.680	3.306	116	121	111

Q: wiiw, Eurostat. – <sup>1)</sup> 1989 = 100, da für Polen 1989 das adäquate Bezugsjahr ist. – <sup>2)</sup> wiiw-Schätzung für Serbien und Montenegro.

Unter den südosteuropäischen Ländern verlangsamte sich das Wachstum 2005 lediglich in Rumänien, Serbien und dem Kosovo merklich. In Rumänien fiel die Rate mit +4,1% weniger als halb so hoch aus wie im Vorjahr, besonders ungünstig entwickelte sich die Industrieproduktion (+2%; Übersicht 3). Die Kombination aus dem Wachstumseinbruch und einer hohen Inflationsrate (9%) spricht dafür, dass dafür vor allem angebotsseitige Faktoren maßgebend waren: Der steigende Lohnkostendruck gekoppelt mit einer deutlichen nominellen Aufwertung beeinträchtigte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere in den arbeitsintensiven Branchen wie z. B. der Textilindustrie. Gedrückt wurde das BIP-Wachstum auch durch die Folgen der Überflutungen im Sommer 2005.

Ähnlich wie in Rumänien waren auch in Serbien die Einbußen der Landwirtschaft für die Abkühlung des Wachstums von über 9% auf 6,3% bestimmend; die Industrieproduktion stagnierte (+0,8%). Im Kosovo, dessen Exportkapazitäten nach wie vor beschränkt sind, hatte die Kürzung der Finanzhilfe aus dem Ausland 2005 sogar eine Rezession zur Folge. Wie das Nachbarland Albanien ist der Kosovo mehr mit Entwicklungs- als mit Transformationsproblemen konfrontiert.

Der drastische Einbruch des Wirtschaftswachstums in der Ukraine von 12,1% 2004 auf nur 2,6% 2005 war zum Teil auf den Rückgang der Weltmarktpreise von Stahl, dem wichtigsten Exportprodukt des Landes, sowie auf die nominelle Aufwertung der Währung zurückzuführen. Die von der neuen Regierung angekündigte Reprivatisie-

*Entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung sind in Südosteuropa die regionale Stabilität und die Perspektive eines EU-Beitritts, in Russland und der Ukraine die Entwicklung der Weltmarktpreise von Energieträgern bzw. Stahl.*

rungskampagne verunsicherte zudem die Investoren, sodass die Anlageinvestitionen schrumpften. Die weiterhin hohen Weltmarktpreise von Energieträgern ermöglichten andererseits in Russland ein solides Wachstum, das nur wenig schwächer ausfiel als im Vorjahr.

Übersicht 3: Bruttoindustrieproduktion

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2005 1990 = 100	2005 2000 = 100
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real								
8 neue EU-Länder <sup>1)</sup>	+ 4,6	+ 3,0	+ 7,2	+10,0	+ 4,9	+ 6,7	+ 6,6	159,9	133,3
Tschechien	+10,6	+ 4,8	+ 5,8	+ 9,9	+ 5,7	+ 6	+ 6	115,7	142,5
Ungarn	+ 3,6	+ 2,8	+ 6,4	+ 7,4	+ 7,3	+ 8	+ 7	197,4	130,5
Polen <sup>2)</sup>	+ 0,6	+ 1,1	+ 8,3	+12,6	+ 3,8	+ 7	+ 7	220,3	128,8
Slowakei	+ 7,6	+ 6,7	+ 5,3	+ 4,2	+ 3,6	+ 7	+ 8	121,5	130,5
Slowenien	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,4	+ 4,8	+ 3,1	+ 2,5	+ 2	103,5	115,4
Estland	+ 8,9	+ 8,2	+10,9	+10,5	+ 9,1	+ 9	+ 8,5	102,9	157,5
Lettland	+ 9,2	+ 8,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 5,6	+ 6	+ 5,5	66,4	141,1
Litauen <sup>2)</sup>	+16,0	+ 3,1	+16,1	+10,8	+ 7,3	+ 6	+ 5,9	60,5	165,1
Bulgarien	+ 1,5	+ 6,5	+14,1	+18,3	+ 6,7	+12	+10	82,6	155,8
Rumänien	+ 8,3	+ 4,3	+ 3,1	+ 5,3	+ 2,0	+ 3	+ 3	76,7	125,1
Kroatien <sup>3)</sup>	+ 6,0	+ 5,4	+ 4,1	+ 3,7	+ 5,1	+ 4	+ 4	81,4	126,7
Albanien <sup>4)</sup>	+ 7,1	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,0	+ 2	+ 3	44,7	117,7
Bosnien und Herzegowina <sup>5)</sup>	+ 4,9	+ 5,7	+ 5,1	+12,1	+10,5	+10	+10	.	144,4
Mazedonien <sup>6)</sup>	- 2,9	- 4,8	+ 4,7	- 2,2	+ 7,0	+ 5	+ 5	53,5	101,3
Montenegro <sup>7)</sup>	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,4	+13,8	- 1,9	+ 3	+ 3	.	115,8
Serbien <sup>8)</sup>	+ 0,1	+ 1,8	- 3,0	+ 7,1	+ 0,8	+ 4	+ 4	.	106,7
Russland	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,0	+ 6,1	+ 4,0	+ 4,5	+ 5	73,4	128,4
Ukraine	+14,3	+ 7,0	+15,8	+12,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 7	95,0	164,2

Q: Nationale Statistiken; 2005: vorläufige Zahlen, 2006 und 2007: Prognose des wiw. – 1) Schätzung des wiw. – 2) Umsätze. – 3) Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten – 4) Auf Wertschöpfungsbasis. – 5) wiw-Schätzung; Föderation Bosnien und Herzegowina sowie Republika Srpska; gewichtet. – 6) Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten. – 7) Ohne Kleinunternehmen und Rüstungsproduktion. – 8) Ohne Kleinunternehmen; ohne Kosovo und Metohia.

## Divergierende Trends auf dem Arbeitsmarkt

Die beeindruckende Entwicklung der Industrie war in den letzten Jahren in den neuen EU-Ländern mit einer kräftigen Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden; sie ging aber mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit einher. Solange das Wirtschaftswachstum primär durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen ermöglicht wurde, wurden keine zusätzlichen Arbeitskräfte benötigt. 2005 könnte sich dieser Trend umgekehrt haben: Mit Ausnahme von Ungarn ging die Arbeitslosenquote (laut Eurostat, Labour Force Survey) in allen neuen EU-Ländern zurück (Übersicht 1), vor allem verbunden mit einem Anstieg der Beschäftigung in der Industrie. Das Potential der arbeitsparenden Effizienzverbesserungen könnte demnach in diesen Ländern weitgehend ausgeschöpft sein, sodass hohe Wachstumsraten nur durch den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte erreicht werden können.

In Polen und der Slowakei, wo die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren unter den neuen EU-Ländern am höchsten gewesen war, sank die Arbeitslosenquote um 1 bzw. 2 Prozentpunkte. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in beiden Ländern weitgehend ein regionales Problem (der Osten des Landes ist jeweils am stärksten betroffen) bzw. ein Problem des ländlichen Raums. Trotz des Mangels an Arbeitsplätzen waren bislang keine nennenswerten Abwanderungsströme in die EU 15 zu verzeichnen, weil einerseits die Mobilität gering ist und andererseits in vielen Ländern der EU 15 die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern noch bis zu 7 Jahre beschränkt ist. Lediglich Großbritannien, Irland und Schweden haben ihren Arbeitsmarkt bereits 2004 geöffnet, Finnland, Griechenland, Spanien und Portugal haben im Mai 2006 entsprechende Maßnahmen ergriffen.

## Übersicht 4: Beiträge zum BIP-Wachstum

## Verwendungsseite

	Konsum- ausgaben	Bruttoanlage- investitionen	Außenbeitrag	BIP, real	Konsum- ausgaben	Bruttoanlage- investitionen	Außenbeitrag	BIP, real
	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten			Veränderung gegen das Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten			Veränderung gegen das Vorjahr in %
Tschechien								
2000	+ 1,5	+ 1,3	- 0,1	+ 3,9	+ 3,1	+ 1,9	+ 0,6	+ 5,2
2001	+ 2,2	+ 1,5	- 1,1	+ 2,6	+ 3,9	+ 1,4	+ 1,9	+ 4,3
2002	+ 2,5	+ 1,0	- 2,1	+ 1,5	+ 6,9	+ 2,2	- 2,2	+ 3,8
2003	+ 3,3	+ 1,3	- 0,6	+ 3,2	+ 6,2	+ 0,6	- 3,0	+ 3,4
2004	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 4,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,7	+ 4,6
2005	+ 1,4	+ 1,0	+ 4,5	+ 6,0	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,9	+ 4,1
Ungarn								
Polen								
2000	+ 2,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 4,2	- 0,1	- 2,0	+ 1,9	+ 2,0
2001	+ 1,8	- 2,3	+ 2,6	+ 1,1	+ 3,5	+ 3,6	- 3,7	+ 3,8
2002	+ 2,4	- 1,3	+ 0,5	+ 1,4	+ 4,0	- 0,2	- 0,1	+ 4,6
2003	+ 2,1	+ 0,0	+ 1,1	+ 3,8	+ 0,2	- 0,4	+ 6,5	+ 4,5
2004	+ 3,3	+ 1,1	- 0,7	+ 5,3	+ 2,1	+ 0,6	- 0,8	+ 5,5
2005	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,0	- 0,2	+ 6,0
Slowakei								
Slowenien								
2000	+ 0,9	+ 0,5	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,2	+ 3,4	- 0,7	+ 7,9
2001	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,7	+ 2,7	+ 4,0	+ 3,3	- 2,1	+ 6,5
2002	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,0	+ 3,5	+ 7,3	+ 4,7	- 2,6	+ 7,2
2003	+ 2,2	+ 1,7	- 2,1	+ 2,7	+ 5,6	+ 2,5	- 4,6	+ 6,7
2004	+ 2,3	+ 1,4	- 0,5	+ 4,2	+ 3,9	+ 1,8	- 0,6	+ 7,8
2005	+ 2,4	+ 0,9	+ 2,3	+ 3,9	+ 6,1	+ 4,1	+ 1,3	+ 9,8
Estland								
Lettland								
2000	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 6,9	+ 5,2	- 2,7	+ 1,7	+ 3,9
2001	+ 5,1	+ 2,8	- 3,9	+ 8,0	+ 2,6	+ 3,5	- 1,4	+ 6,4
2002	+ 5,0	+ 3,3	- 0,2	+ 6,5	+ 4,2	+ 2,2	+ 0,0	+ 6,8
2003	+ 5,5	+ 3,3	- 4,5	+ 7,2	+ 8,8	+ 2,9	- 2,4	+10,5
2004	+ 6,3	+ 6,6	- 5,1	+ 8,5	+ 7,7	+ 2,6	- 6,5	+ 7,0
2005	+ 5,7	+ 5,5	+ 0,3	+10,2	+ 7,9	+ 2,5	- 2,6	+ 7,5
Litauen								
Bulgarien								
2000	+ 5,0	+ 2,4	- 0,5	+ 5,4	+ 1,3	+ 1,0	- 2,4	+ 2,1
2001	+ 3,9	+ 3,9	- 3,4	+ 4,1	+ 5,5	+ 1,9	- 3,4	+ 5,7
2002	+ 3,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 4,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 5,1
2003	+ 5,7	+ 2,6	- 5,1	+ 4,5	+ 7,1	+ 1,8	- 3,9	+ 5,2
2004	+ 4,5	+ 2,7	- 2,2	+ 5,7	+10,3	+ 2,4	- 4,9	+ 8,4
2005	+ 5,9	+ 4,0	- 5,8	+ 5,5	+ 7,5	+ 2,8	- 5,4	+ 4,1
Rumänien								
Kroatien								
2000	+ 2,1	- 0,9	+ 3,2	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,4	- 0,3	+ 5,9
2001	+ 1,1	+ 1,5	- 1,4	+ 4,4	+ 6,9	+ 1,3	- 1,2	+ 9,2
2002	+ 5,8	+ 3,1	- 6,7	+ 5,6	+ 3,8	+ 0,7	+ 2,5	+ 5,2
2003	+ 3,1	+ 6,0	- 1,8	+ 5,3	+ 9,8	+ 3,1	- 2,8	+ 9,6
2004	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 3,8	+ 9,5	+ 2	+ 3	+12,1
2005	+ 2,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 4,3	+ 9,6	- 0,8	- 7,5	+ 2,6
Ukraine								

Q: Eurostat, wiiv-Berechnungen basierend auf nationalen Angaben.

Zugleich arbeiten Bürger aus den südosteuropäischen und den südlichen GUS-Ländern (z. B. Ukraine, Republik Moldau) teils illegal in den alten und neuen EU-Ländern. Dies ist wenig verwunderlich vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem in den Ländern des Westbalkans. In Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro und Mazedonien erhöhte sich die Arbeitslosenquote trotz des soliden Wachstums zum Teil sogar und übersteigt mittlerweile 20%, in Mazedonien sogar 30%. In Bosnien-Herzegowina lag die registrierte Arbeitslosenquote Ende 2005 bei 46% – tatsächlich dürfte die Lage allerdings weniger dramatisch sein, weil die registrierten

Während die weitgehend abgeschlossene Umstrukturierung der Industrie zum ersten Mal eine leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt der neuen EU-Länder zur Folge hatte, ist die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Südosteuropas weiterhin sehr hoch und dürfte im Zuge der bevorstehenden Umstrukturierungen sogar noch steigen.

Arbeitslosenzahlen die Zahlen laut Eurostat (Labour Force Survey) in Südosteuropa regelmäßig übersteigen. In vielen Ländern der Region bleibt die Abhängigkeit von offiziellen und insbesondere privaten Transfers aus dem Ausland ein ernstes Problem, während eigene Produktionskapazitäten unzureichend sind. Die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Rahmen der oft von den internationalen Organisationen konzipierten Reformprogramme hatten Entlassungen im öffentlichen Sektor und somit ebenfalls eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge. Im Zuge der bevorstehenden Umstrukturierung und des vermehrten Einsatzes von arbeitsparenden Technologien ist in den westlichen Balkanländern kaum mit einer Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen; die Arbeitslosigkeit könnte sogar weiter steigen.

### Ausländische Direktinvestitionen 2005 von Übernahmen geprägt

Die ausländischen Direktinvestitionen nahmen in den MOEL 2005 wieder zu; davon profitierten auch jene Länder, die in der Vergangenheit kaum ausländische Investoren anziehen konnten (Übersicht 5). In den neuen EU-Ländern sorgte vor allem die Privatisierung von großen staatlichen Unternehmen wie z. B. der Czech Telecom oder des Budapester Flughafens für einen markanten Anstieg der Zuflüsse an Direktinvestitionen. Die "Greenfield-Investitionen" flossen wie im Jahr zuvor zunehmend in den Dienstleistungssektor, insbesondere in den Bereich der Banken und in die Immobilienbranche. So sind etwa die Rekordzuflüsse nach Estland im Jahr 2005 auf die Kapitalerhöhung der dort ansässigen schwedischen Banken zurückzuführen. Mittlerweile weist Estland mit 7.400 € pro Kopf den mit Abstand höchsten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen unter den MOEL auf vor Ungarn und Tschechien.

Übersicht 5: Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen

Laut Zahlungsbilanz

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €										
8 neue EU-Länder	8.328	10.686	14.457	17.430	22.258	20.488	24.013	9.952	21.742	25.828	18.000
Tschechien	1.140	1.152	3.317	5.933	5.404	6.296	9.012	1.863	4.007	8.837	4.000
Ungarn	2.625	3.681	2.988	3.106	2.998	4.391	3.185	1.888	3.754	5.356	4.000
Polen	3.592	4.343	5.676	6.824	10.334	6.372	4.371	4.067	10.279	6.132	5.000
Slowakei	285	205	629	402	2.089	1.768	4.397	593	1.016	1.534	2.000
Slowenien	138	295	194	99	149	412	1.700	300	662	427	500
Estland	120	236	511	284	425	603	307	822	838	2.232	1.000
Lettland	305	462	317	325	447	147	269	260	563	503	500
Litauen	122	313	824	457	412	499	772	160	623	807	1.000
Bulgarien	87	446	605	866	1.103	903	980	1.851	2.728	1.789	2.000
Rumänien	210	1.077	1.763	964	1.147	1.294	1.212	1.946	5.183	5.197	8.000
Kroatien	394	477	843	1.369	1.142	1.503	1.195	1.788	980	1.328	1.000
Albanien	71	43	40	37	156	231	151	158	278	200	200
Bosnien und Herzegowina	.	.	60	166	159	133	282	338	488	240	500
Mazedonien	9	27	114	31	189	493	83	85	126	80	100
Montenegro <sup>1)</sup>	.	.	.	.	.	11	89	39	51	375	300
Serbien <sup>1)2)</sup>	.	653	101	105	55	184	504	1.204	777	1.196	1.000
Russland	1.992	4.303	2.424	3.105	2.933	3.069	3.660	7.041	12.422	11.731	10.000
Ukraine	411	549	658	466	644	884	734	1.261	1.380	6.263	5.000
MOEL	11.502	18.261	21.065	24.538	29.786	29.193	32.903	25.662	46.155	54.226	46.100

Q: Nationalbanken der jeweiligen Länder, 2006: Prognose des wiw. – <sup>1)</sup> Direktinvestitionen netto. – <sup>2)</sup> Bis 1999 Serbien und Montenegro.

Die Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen in die MOEL waren 2005 in erster Linie auf Übernahmen und insbesondere Privatisierungen zurückzuführen.

Die EU-Betrittsländer Bulgarien und Rumänien verzeichneten 2005 ebenfalls hohe Zuflüsse an Direktinvestitionen, wenn auch etwas weniger als im Jahr zuvor. Waren ausländische Mittel in den letzten Jahren generell in Greenfield-Investitionen geflossen, so spielten 2005 Privatisierungen wie der Verkauf der rumänischen Bank BCR an die österreichische Erste Bank, eine Rolle<sup>2)</sup>. In den westlichen Balkanländern zeichnet sich dank der Verbesserung der politischen Stabilität und der Aussichten für eine EU-Integration eine ähnliche Entwicklung ab, in Montenegro, das kürzlich hohe auslän-

<sup>2)</sup> Diese Transaktion wird allerdings erst 2006 zahlungswirksam.

dische Investitionen in den Tourismus verbuchte, hat sie bereits eingesetzt. Der Finanzsektor dieser Länder befindet sich schon weitgehend in ausländischem Besitz; dies sollte die Investitionen in Industrie, Infrastruktur und Dienstleistungen künftig fördern. Hier werden die Zuflüsse an Direktinvestitionen die ausländische Finanzhilfe für Sicherheitsversorgung, Wiederaufbau und Einkommensunterstützung nach den Kriegen zunehmend ersetzen. Mit Ausnahme von Montenegro nahmen jedoch die Zuflüsse in die Westbalkanländer bislang kaum zu, und in Albanien wird das Investitionsklima durch die politisch motivierte Revision früherer Übernahmen (ähnlich wie in der Ukraine) zusätzlich beeinträchtigt.

#### Übersicht 6: Bestand an ausländischen Direktinvestitionen

Laut internationaler Vermögensposition

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Mio. €									
8 neue EU-Länder	32.073	44.867	58.348	78.601	100.509	126.971	140.238	146.846	181.620	208.852
Tschechien	6.910	8.367	12.255	17.479	23.323	30.717	36.884	35.852	41.415	50.000
Ungarn	10.692	16.285	17.760	23.041	24.578	31.045	34.575	38.329	45.252	50.000
Polen	9.228	13.205	19.231	25.947	36.792	46.686	46.139	45.875	62.687	70.000
Slowakei	1.650	1.888	2.464	3.174	5.112	6.327	8.185	9.504	11.281	13.000
Slowenien	1.612	2.000	2.370	2.675	3.110	2.952	3.923	5.131	5.557	6.000
Estland	665	1.040	1.561	2.454	2.843	3.573	4.035	5.553	7.381	10.371
Lettland	754	1.140	1.325	1.782	2.241	2.648	2.679	2.635	3.358	4.035
Litauen	564	942	1.384	2.050	2.509	3.023	3.818	3.968	4.690	5.446
Bulgarien	360	806	1.362	2.392	2.426	3.129	3.530	4.946	6.769	8.531
Rumänien	885	2.128	3.783	5.447	6.966	8.656	7.482	10.159	13.546	18.000
Kroatien	699	1.175	1.657	2.556	3.830	4.806	6.634	8.398	9.433	11.000
Albanien	243	285	326	364	519	751	902	1.060	1.335	1.500
Bosnien und Herzegowina	.	.	60	225	384	517	799	1.136	1.537	1.700
Mazedonien	37	63	177	208	397	890	973	1.058	1.185	1.200
Montenegro	.	.	.	.	.	11	100	139	189	600
Serbien	.	653	754	859	914	1.100	1.602	2.799	3.574	4.700
Russland	5.206	9.509	11.933	15.038	34.693	60.211	68.046	77.371	84.598	95.000
Ukraine	1.050	1.599	2.257	2.723	4.164	5.448	5.709	6.055	6.996	13.000
MOEL	40.553	61.087	80.657	108.413	154.801	212.490	236.014	259.968	310.781	364.083

Q: Nationalbanken der jeweiligen Länder. Kumulierte Direktinvestitionszuflüsse Bulgarien bis 1997, Kroatien bis 1997, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Russland bis 1999, Ukraine bis 1999. Serbien, Montenegro: kumulierte Nettodirektinvestitionen. 2005 wiw-Schätzung (ausgenommen baltische Länder und Bulgarien).

Russland und insbesondere die Ukraine verzeichneten kürzlich eine merkliche Zunahme der Zuflüsse an Direktinvestitionen. In Russland, das bereits das zweite Jahr in Folge Nettoempfänger von Direktinvestitionen war, konzentrieren sich die Aktivitäten verstärkt auf Greenfield-Investitionen. Gleichzeitig werden manche strategischen Sektoren wie z. B. die Energiegewinnung und Finanzdienstleistungen nach wie vor gegenüber ausländischen Investoren abgeschottet. Im Gegensatz dazu ist der jüngste Anstieg ausländischer Direktinvestitionen in der Ukraine fast ausschließlich auf Übernahmen in der Stahlindustrie und im Bankensektor zurückzuführen. Das mit Abstand größte Übernahmegeschäft war die Reprivatisierung des größten ukrainischen Stahlwerks Krivorischstal durch Mittal Steel. Der baldige Beitritt beider Länder zur WTO (voraussichtlich 2006) dürfte den Direktinvestitionen zusätzliche Impulse verleihen.

Der EU-Beitritt der acht MOEL am 1. Mai 2004 hatte eine wesentliche Umstrukturierung ihrer Staatsfinanzen zur Folge. Der Wegfall der Zolleinnahmen und die Effekte des verstärkten Steuerwettbewerbs (insbesondere bezüglich der Körperschaftsteuer) wurden nur teilweise durch die Steigerung der Einnahmen aus indirekten Steuern kompensiert. Gleichzeitig bedeuteten die Zahlungen an den EU-Haushalt (von etwa 1% des BIP) sowie die Kofinanzierung von EU-Projekten (z. B. im Rahmen der Kohäsions- und Strukturfonds) mit nationalen Mitteln generell eine Zunahme der Ausgaben.

#### Konsolidierung der Staatsfinanzen

Vor diesem Hintergrund blieb die Lage der öffentlichen Finanzen in den neuen EU-Ländern (außer in den baltischen Staaten und in Slowenien) relativ angespannt (Übersicht 7), auch wenn vor allem in den letzten zwei Jahren teils merkliche Fortschritte in der Budgetkonsolidierung erzielt wurden. Das gilt nicht für Ungarn – das Defizit des Staatshaushalts überstieg hier (berechnet nach der EU-Methode) 2005 6% des BIP. Das anhaltend hohe Haushaltsdefizit in Ungarn, aber auch zum Teil in Polen ist nicht zuletzt auf das hohe Zinsniveau und den daraus resultierenden hohen Schuldendienst zurückzuführen. Während etwa in Russland und der Ukraine die gute Budgetlage ausgabenseitig im Wesentlichen durch den Abbau des Sozialstaates bedingt ist, sind die fortgeschrittenen Transformationsländer Mitteleuropas grundsätzlich weniger bereit, ihr Sozialsystem schlanker zu gestalten. Auch der wachsende Populismus in Polen, Ungarn oder der Slowakei kann eine weitere Konsolidierung der Staatsfinanzen erschweren.

Übersicht 7: Staatshaushalt

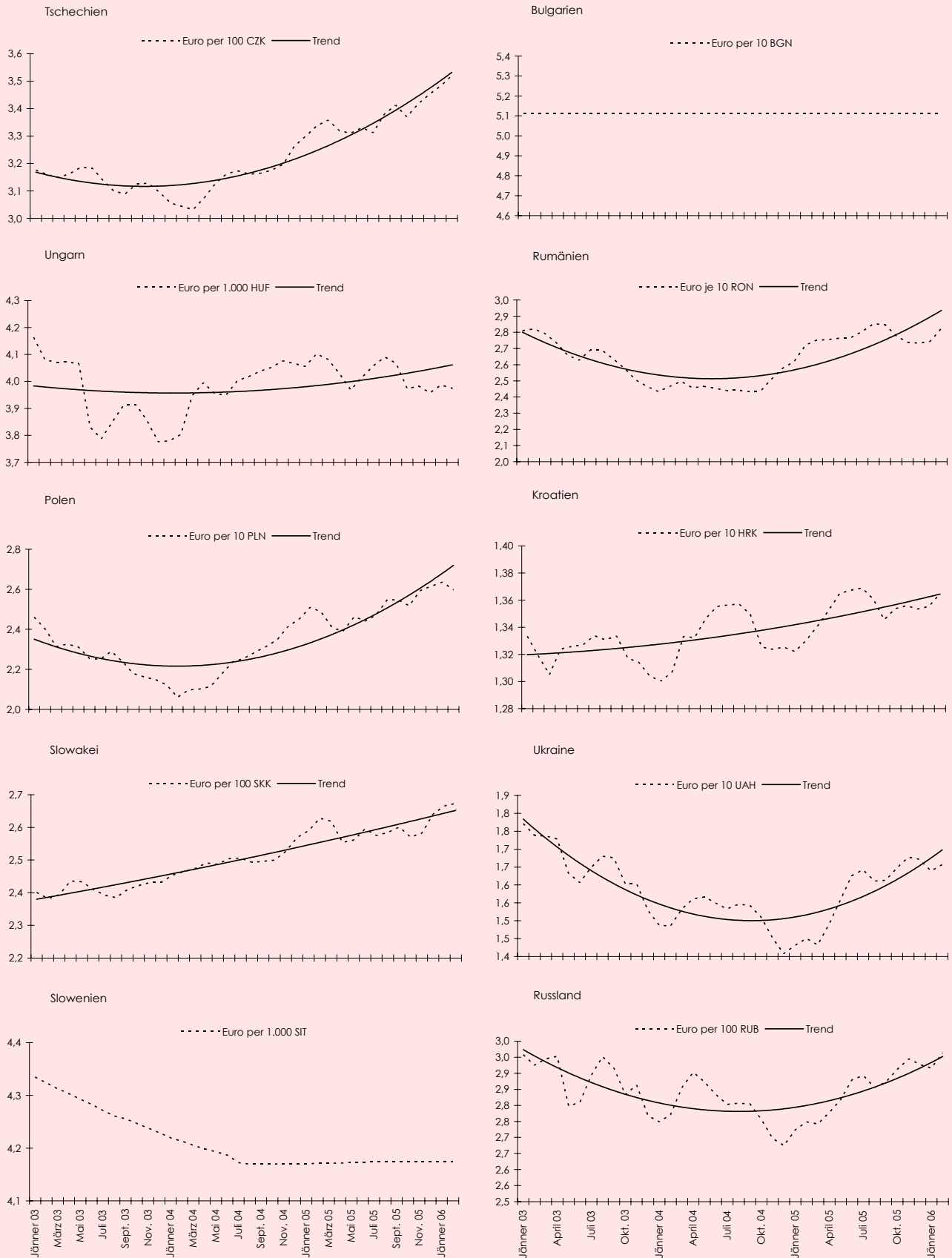
	2001	2002	2003	2004	2005
	In % des BIP				
<i>Finanzierungssaldo des Staates</i>					
<i>Laut EU-Methode</i>					
Tschechien	- 5,9	- 6,8	- 6,6	- 2,9	- 2,6
Ungarn	- 3,5	- 8,4	- 6,4	- 5,4	- 6,1
Polen	- 3,7	- 3,2	- 4,7	- 3,9	- 2,5
Slowakei	- 6,5	- 7,7	- 3,7	- 3,0	- 2,9
Slowenien	- 4,3	- 2,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8
Estland	0,3	1,0	2,4	1,5	1,6
Lettland	- 2,1	- 2,3	- 1,2	- 0,9	0,2
Litauen	- 2,0	- 1,4	- 1,2	- 1,5	- 0,5
Bulgarien	.	0,1	0,3	1,9	3,1
Rumänien	- 2,1	- 2,0	- 1,7	- 1,3	- 0,4
<i>Laut nationaler Methode</i>					
Albanien	- 6,9	- 6,1	- 5,0	- 4,9	- 4
Bosnien und Herzegowina	- 3,3	- 0,2	0,8	1,8	.
Kroatien	- 6,8	- 4,8	- 6,3	- 4,9	- 4,2
Mazedonien	- 6,3	- 5,0	- 1,1	0,0	0,2
Montenegro	- 3,1	- 2,8	- 3	- 2,1	.
Serbien	- 1,6	- 3,7	- 4,2	- 1,5	.
Russland	3,0	0,9	1,3	4,5	7,7
Ukraine	- 0,3	0,7	- 0,2	- 3,2	- 1,9
<i>Staatsverschuldung</i>					
<i>Laut EU-Methode</i>					
Tschechien	26,3	28,8	30,0	30,6	30,5
Ungarn	52,2	55,0	56,7	57,1	58,4
Polen	36,7	39,8	43,9	41,9	42,5
Slowakei	49,2	43,3	42,7	41,6	34,5
Slowenien	28,4	29,7	29,1	29,5	29,1
Estland	4,7	5,5	6,0	5,4	4,8
Lettland	15,0	13,5	14,4	14,6	11,9
Litauen	22,9	22,3	21,2	19,5	18,7
Bulgarien	66,2	53,2	46,2	38,8	30,4
Rumänien	23,2	23,3	21,3	18,5	16,2
<i>Laut nationaler Methode</i>					
Albanien	41	41,4	40,3	37,8	.
Bosnien und Herzegowina	48,2	42,2	34,0	.	.
Kroatien	50,3	50,4	51,7	53,2	54,5
Russland	44,1	37,0	28,6	21,7	14,8
Ukraine	36,5	33,5	29	24,7	18,7

Q: 8 neue EU-Länder und Beitrittskandidatenländer: Europäische Kommission, "Economic Forecasts, Spring 2006", Mai 2006; nationale Statistiken. 2006 und 2007: Prognose.

Die jüngsten Konsolidierungsmaßnahmen drückten in diesen Ländern (außer Ungarn) das Budgetdefizit unter die Maastricht-Grenze (3% des BIP) für den Eintritt in die Währungsunion. Die Sinnhaftigkeit dieses Kriteriums in Bezug auf die neuen EU-Länder ist jedoch fraglich. Wenn die Wirtschaft in diesen Ländern rascher wächst als in der EU 15 (reale Konvergenz) und ihre Staatsverschuldung relativ niedrig ist (mit der möglichen Ausnahme Ungarns), werden auch höhere Haushaltsdefizite finanzierbar und eine etwas höhere Inflation tolerierbar sein. Nur in Ungarn, dessen Budgetpolitik im Mittelpunkt der Kritik der EU steht, gibt die Lage der Staatsfinanzen Anlass zur Sorge.



Abbildung 1: Nominelle Wechselkurse



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Die jüngsten Konsolidierungserfolge drückten das Budgetdefizit der neuen EU-Länder (außer Ungarn) unter die Maastricht-Grenze (3% des BIP) für den Eintritt in die Währungsunion. Die Sinnhaftigkeit dieses Kriteriums in Bezug auf diese Länder ist freilich anzuzweifeln.

### Inflation niedrig, aber teils über der Maastricht-Grenze

Durch die Teilnahme am Europäischen Wechselkursmechanismus II konnte Slowenien die Inflations-Abwertungsspirale stoppen und wird voraussichtlich als einziges neues EU-Land bereits Anfang 2007 in die Währungsunion eintreten.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen wurde in Südosteuropa 2005 wie im Jahr zuvor durch weitere (oft durch internationale Organisationen konzipierte) Konsolidierung geprägt. Dennoch weisen Kroatien und Albanien immer noch ein Budgetdefizit von etwa 4% des BIP auf. Serbien und Mazedonien erzielten 2005 sogar einen Überschuss, wenn auch im Falle von Serbien teils aufgrund der Inflationsbeschleunigung. Auch in Bulgarien und Bosnien-Herzegowina war der Finanzierungssaldo des Staates positiv; diese beiden Länder müssen ihre öffentlichen Haushalte wegen des Currency-Board-Regimes unter strenger Kontrolle halten.

Russland verzeichnet seit 2000 einen stabilen und hohen Budgetüberschuss (2005 sogar fast 8% des BIP) und hat mittlerweile im Stabilisierungsfonds, in dem die Mehreinnahmen aus Erdölexporten gehalten werden, über 40 Mrd. € akkumuliert. Angesichts der rasanten Zunahme der Fondsmittel und der anhaltend hohen Rohölpreise gab die Regierung einen kleinen Teil der Mittel für Investitionen und soziale Zwecke aus. In der Ukraine schlug sich der populistische Kurs der Regierung nach der "Orangen Revolution" trotz beeindruckender Fortschritte in der Steuereintreibung in einem Budgetdefizit von fast 2% nieder, das allerdings dank der Einnahmen aus dem Privatisierungsboom vorübergehend problemlos finanziert werden konnte.

Trotz robusten Wachstums war die Inflation in den meisten MOEL 2005 niedrig; in den neuen EU-Ländern verlangsamte sie sich nach einem durch den EU-Beitritt bedingten Anstieg wieder (Übersicht 1)<sup>3)</sup>. In einigen Ländern trug zur Inflationsdämpfung auch eine nominelle Aufwertung gegenüber dem Euro bei (Abbildung 1), die vor allem aus der Zunahme der Kapitalzuflüsse nach dem EU-Beitritt resultierte.

Von besonderer Bedeutung ist die Inflationsentwicklung für jene Länder, die möglichst bald in die Europäische Währungsunion eintreten wollen: Estland, Lettland, Litauen, Slowenien und die Slowakei. Estland und Litauen, die bereits in der Vergangenheit ein Currency-Board-Regime gegenüber dem Euro hatten, nehmen neben Slowenien seit Juni 2004 am Europäischen Wechselkursmechanismus II teil und wollten Anfang 2007 den Euro als Zahlungsmittel einführen. Lettland und die Slowakei schlossen sich im Laufe des Jahres 2005 dem Wechselkursmechanismus an mit dem Ziel, spätestens Anfang 2008 in die Währungsunion einzutreten.

Die Übernahme der gemeinsamen Währung könnte sich aber verzögern, weil einzelne Maastricht-Kriterien nicht erfüllt werden. Vor allem das Inflationskriterium (der Anstieg der Verbraucherpreise soll den Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder im Euro-Raum um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte übersteigen) könnte sich für die baltischen Staaten und eventuell für die Slowakei als problematisch erweisen: Die Inflation beschleunigte sich in allen drei baltischen Staaten im Jahre 2005 gegenüber dem Vorjahr sogar – angesichts des boomenden Wachstums möglicherweise ein Zeichen der Überhitzung. Hingegen konnte Slowenien die Abwertungs-Inflationsspirale stoppen und die Leistungsbilanz verbessern, während die Haushaltsdisziplin weiterhin für ein niedriges Budgetdefizit sorgt. Somit wird Slowenien voraussichtlich als einziges neues EU-Land Anfang 2007 in die Währungsunion eintreten.

Laut den Beitrittsverträgen sind zwar die anderen neuen EU-Länder in Mitteleuropa ebenfalls verpflichtet, die gemeinsame Währung zu übernehmen, doch erscheint ihnen dieser Integrationsschritt nun weniger dringlich. Dies ist einerseits auf die Schwierigkeiten in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zurückzuführen. Andererseits könnten die immer noch erheblichen Strukturunterschiede zwischen den "alten" und den "neuen" EU-Ländern asymmetrische externe Schocks auslösen, die eine nominelle Wechselkursanpassung erfordern, um größere Produktions- und Beschäftigungseinbußen zu vermeiden. Langfristig ist die Wechselkursfixierung mit einem weiteren Problem verbunden: Das Preisniveau ist in den neuen EU-Ländern wesentlich niedriger als in der EU 15 (Übersicht 2). Die reale Konvergenz zwischen den beiden Ländergruppen wird allmählich auch eine Angleichung des Preisniveaus (eine reale Aufwertung der Währungen der neuen EU-Länder gegenüber dem Euro,

<sup>3)</sup> Der vorübergehende Inflationssprung, der in den meisten neuen EU-Ländern 2003 und 2004 zu beobachten war, resultierte vorwiegend aus der Anhebung der regulierten Preise und indirekten Steuern im Zuge der Anpassung an die EU-Richtlinien.

bedingt durch den "Balassa-Samuelson-Effekt") mit sich bringen<sup>4)</sup>. Bei einem fixen nominellen Wechselkurs kann die reale Aufwertung nur über eine heimische Inflation erfolgen, die höher ist als in der EU 15 und daher möglicherweise mit dem Maastricht-Kriterium nicht vereinbar.

Die südosteuropäischen Länder stützen sich generell auf ein fixes Wechselkursregime<sup>5)</sup> und weisen weiterhin stabile Preise auf. Lediglich im traditionellen Hochinflationsland Rumänien ist die Preissteigerungsrate trotz des Rückgangs mit 9% relativ hoch. Erschwert wird die Dämpfung der Inflation hier vor allem durch den Lohnkostendruck. In Serbien stieg die Teuerungsrate sogar auf 16,2%, nachdem das Regime fixer Wechselkurse Ende 2004 beendet worden war. Auch Russland und die Ukraine verzeichneten 2005 eine zweistellige Inflationsrate. In Russland standen der Verringerung unter die 10 Prozentmarke erneut massive Devisenzuflüsse aus den Energieexporten entgegen. In der Ukraine ist der Preisaustrieb teilweise noch eine Folge des Wirtschaftsbooms von 2004, aber auch der starken Anhebung von Pensionen und Gehältern im öffentlichen Sektor, die primär für Konsumausgaben verwendet wurden.

Eine Reihe von Faktoren bewirkten 2005 in den meisten MOEL eine günstige Außenhandelsentwicklung (Übersicht 8). Mit Ausnahme der Slowakei stiegen in allen neuen EU-Ländern die Warenexporte schneller als die Importe (auf Euro-Basis +16,8% gegenüber +13,2%), sodass sich die Deckungsquote der Importe durch Exporte weiter verbesserte und die 90%-Marke überschritt. Alle neuen EU-Länder (außer Slowenien) erzielten mittlerweile einen positiven Saldo im Handel mit der EU, Tschechien verzeichnete 2005 erstmals insgesamt einen Handelsbilanzüberschuss. In den baltischen Staaten fiel das Exportwachstum besonders stark aus und übertraf sogar das Rekordergebnis des Vorjahres.

Die neuen EU-Länder konnten ihre Exporte ausweiten, obwohl ihre Währungen (mit Ausnahme Sloweniens) gegenüber dem Euro real aufwerteten (Abbildung 2), die Lohnstückkosten in der Industrie (auf Euro-Basis) fast durchwegs stiegen und die Konjunktur in Westeuropa mäßig war; nur in Ungarn, dessen Industrie die Arbeitsproduktivität 2005 erneut kräftig steigerte (rund +10%), sanken die Lohnstückkosten auf Euro-Basis. Die dynamische Ausfuhrentwicklung trotz Anstiegs der Verkaufspreise deutet darauf hin, dass sich die Qualität der Exportgüter dieser Länder verbessert hat.

Auch in Südosteuropa entwickelte sich der Außenhandel insgesamt dynamisch. In Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina stiegen die Güterexporte wesentlich stärker als die Güterimporte; zum Teil ist dies auf das niedrige Ausgangsniveau zurückzuführen. Die negativen Salden sind in diesen Ländern jedoch hoch, eine nennenswerte Verbesserung der Handelsbilanz ergab sich nur in Serbien. Dort nahmen die Exporte trotz der realen Aufwertung um fast 30% zu, vor allem aufgrund der Privatisierung von Teilen der Industrie.

Die lebhaft entwickelte Exporte spiegelt auch die Normalisierung der Handelsbeziehungen infolge der politischen Stabilisierung in dieser Region wider. Vor diesem Hintergrund ist die für Anfang 2007 vorgesehene Gründung einer Freihandelszone (CEFTA) im gesamten Westbalkan zu begrüßen, obwohl der regionale Handel eine untergeordnete Rolle spielt und die Handelsbeziehungen mit der EU entscheidende Bedeutung haben. Lediglich für manche Länder wie den Kosovo dürfte der Zugang zu den regionalen Märkten – und vor allem nach Serbien – mittel- und langfristig wichtig sein.

---

**Außenhandel expandiert vor allem in den neuen EU-Ländern stark**

<sup>4)</sup> Der "Balassa-Samuelson-Effekt" beschreibt die Angleichung des Lohnniveaus und somit auch der Preise der nicht handelbaren Güter (im Wesentlichen Dienstleistungen) durch die reale Konvergenz, die vor allem durch den Wachstumsvorsprung der Arbeitsproduktivität im Sektor der handelbaren Güter in den neuen EU-Ländern gegenüber der EU 15 getragen wird. Das allgemeine Preisniveau erhöht sich somit in den neuen EU-Ländern schneller als in den Ländern der EU 15.

<sup>5)</sup> Kroatien und Mazedonien binden ihre Währung seit Jahren an den Euro, Bulgarien und Bosnien-Herzegowina haben ein Currency-Board-Regime mit Anbindung an den Euro eingerichtet. In Montenegro und im Kosovo ist der Euro sogar offizielles Zahlungsmittel.

Übersicht 8: Außenhandel insgesamt

Laut Zollstatistik

		2001	2002	2003	2004	2005	2004	2005
		Mio. €					Veränderung gegen das Vorjahr in %	
8 neue EU-Länder	Exporte	146.877	158.470	171.929	209.299	244.271	+ 21,7	+ 16,8
	Importe	177.858	187.674	198.762	235.346	266.139	+ 18,4	+ 13,2
	Exporte in % der Importe	82,6	84,4	86,5	88,9	91,8		
Tschechien	Exporte	37.251	40.726	43.051	53.995	62.961	+ 25,4	+ 16,6
	Importe	40.675	43.025	45.243	54.824	61.606	+ 21,2	+ 12,4
	Exporte in % der Importe	91,6	94,7	95,2	98,5	102,2		
Ungarn	Exporte	34.082	36.523	38.041	44.630	49.761	+ 17,3	+ 11,5
	Importe	37.654	39.939	42.189	48.550	52.599	+ 15,1	+ 8,3
	Exporte in % der Importe	90,5	91,4	90,2	91,9	94,6		
Polen	Exporte	40.375	43.400	47.511	60.014	71.715	+ 26,3	+ 19,5
	Importe	56.223	58.307	60.288	71.812	81.013	+ 19,1	+ 12,8
	Exporte in % der Importe	71,8	74,4	78,8	83,6	88,5		
Slowakei <sup>1)</sup>	Exporte	14.115	15.270	19.318	22.424	25.746	+ 16,1	+ 15,7
	Importe	16.488	17.517	19.923	23.683	27.716	+ 18,9	+ 17,9
	Exporte in % der Importe	85,6	87,2	97,0	94,7	92,9		
Slowenien	Exporte	10.349	10.966	11.288	12.786	14.314	+ 13,3	+ 12,0
	Importe	11.345	11.578	12.242	14.146	15.728	+ 15,6	+ 11,2
	Exporte in % der Importe	91,2	94,7	92,2	90,4	91,0		
Estland	Exporte	3.698	3.642	4.003	4.769	6.186	+ 19,1	+ 29,7
	Importe	4.799	5.080	5.716	6.703	8.153	+ 17,3	+ 21,6
	Exporte in % der Importe	77,1	71,7	70,0	71,1	75,9		
Lettland	Exporte	2.233	2.418	2.560	3.204	4.086	+ 25,2	+ 27,5
	Importe	3.913	4.287	4.635	5.670	6.879	+ 22,3	+ 21,3
	Exporte in % der Importe	57,1	56,4	55,2	56,5	59,4		
Litauen	Exporte	4.775	5.524	6.158	7.478	9.502	+ 21,4	+ 27,1
	Importe	6.762	7.941	8.526	9.958	12.446	+ 16,8	+ 25,0
	Exporte in % der Importe	70,6	69,6	72,2	75,1	76,3		
Bulgarien	Exporte	5.714	6.063	6.668	7.985	9.454	+ 19,7	+ 18,4
	Importe	8.128	8.411	9.611	11.620	14.682	+ 20,9	+ 26,4
	Exporte in % der Importe	70,3	72,1	69,4	68,7	64,4		
Rumänien	Exporte	12.722	14.675	15.614	18.935	22.255	+ 21,3	+ 17,5
	Importe	17.383	18.881	21.201	26.281	32.569	+ 24,0	+ 23,9
	Exporte in % der Importe	73,2	77,7	73,6	72,0	68,3		
Kroatien	Exporte	5.210	5.187	5.468	6.453	7.093	+ 18,0	+ 9,9
	Importe	10.232	11.325	12.546	13.343	14.923	+ 6,3	+ 11,8
	Exporte in % der Importe	50,9	45,8	43,6	48,4	47,5		
Albanien	Exporte	343	359	396	487	530	+ 22,9	+ 8,8
	Importe	1.480	1.589	1.643	1.850	2.107	+ 12,6	+ 13,9
	Exporte in % der Importe	23,2	22,6	24,1	26,3	25,1		
Bosnien und Herzegowina	Exporte	1.153	1.068	1.192	1.534	1.807	+ 28,7	+ 17,8
	Importe	3.748	4.115	4.369	4.885	5.619	+ 11,8	+ 15,0
	Exporte in % der Importe	30,8	26,0	27,3	31,4	32,2		
Mazedonien	Exporte	1.292	1.181	1.209	1.348	1.640	+ 11,5	+ 21,7
	Importe	1.891	2.111	2.039	2.358	2.593	+ 15,6	+ 10,0
	Exporte in % der Importe	68,3	55,9	59,3	57,2	63,2		
Montenegro <sup>2)</sup>	Exporte	199	206	151	452	434	+ 67,1	- 3,9
	Importe	591	721	532	869	940	+ 37,9	+ 8,3
	Exporte in % der Importe	33,6	28,5	28,5	52,1	46,2		
Serbien	Exporte	1.897	2.193	2.441	2.853	3.664	+ 16,9	+ 28,4
	Importe	4.754	5.919	6.603	8.679	8.537	+ 31,4	- 1,6
	Exporte in % der Importe	39,9	37,0	37,0	32,9	42,9		
Russland <sup>3)</sup>	Exporte	113.748	113.558	120.195	147.355	197.024	+ 22,6	+ 33,7
	Importe	60.025	64.521	67.265	78.325	100.517	+ 16,4	+ 28,3
	Exporte in % der Importe	189,5	176,0	178,7	188,1	196,0		
Ukraine	Exporte	18.159	19.004	20.397	26.279	27.544	+ 28,8	+ 4,8
	Importe	17.612	17.967	20.356	23.322	29.034	+ 14,6	+ 24,5
	Exporte in % der Importe	103,1	105,8	100,2	112,7	94,9		

Q: Nationale Statistiken; 2005: vorläufige Zahlen. Intra-EU-Handel seit 2004 laut Intrastat. – <sup>1)</sup> Seit 2005 ohne Exporte und Importe zum Zweck der Reparatur. – <sup>2)</sup> Seit 2004 einschließlich des Handels mit Serbien und Kosovo. – <sup>3)</sup> Einschließlich des nicht registrierten Handels (Schätzung).

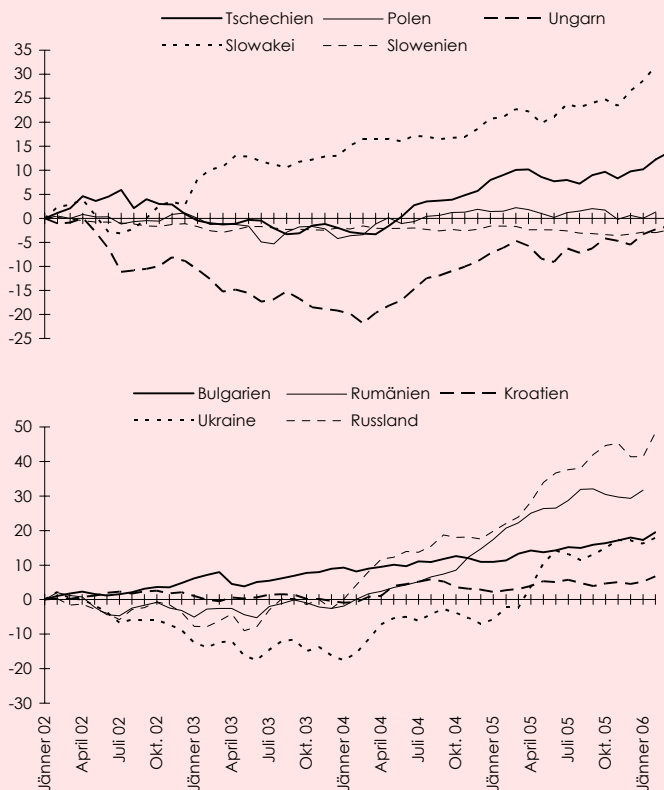
Die enorme Steigerung der Exporte der neuen EU-Länder ist vor allem einer Verbesserung der Qualität ihrer Exportgüter zuzuschreiben, in Südosteuropa ist sie teils Ausdruck der Stabilisierungserfolge.

Im Gegensatz dazu stiegen in den höherentwickelten Volkswirtschaften Südosteuropas (Bulgarien, Rumänien und Kroatien) die Güterimporte rascher als die Güterexporte, die Deckungsquote der Importe sank weiter. Diese Entwicklung ist nicht nur dem Konsumboom, sondern auch den durch ausländische Direktinvestitionen ausgelösten Investitionsgüterimporten zuzuschreiben und ist somit nicht unbedingt negativ zu interpretieren. Die Exporte Bulgariens und Rumäniens (vor allem an landwirt-

schaftlichen Produkten) dürften von dem geplanten EU-Beitritt Anfang 2007 profitieren.

Abbildung 2: Reale Wechselkurse

Veränderung gegenüber Jänner 2002 in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. Positive Werte: reale Aufwertung, d. h. Verringerung des Abstands gegenüber den Produzentenpreisen in der EU.

In Russland erhöhte sich die Deckungsquote der Importe durch Exporte weiter auf fast 200%; sie spiegelt damit die extrem ungleiche Einkommensverteilung sowie die niedrige Investitionsquote in diesem Land wider: Das weitgehende Fehlen einer Mittelschicht trägt u. a. dazu bei, dass der Konsum (trotz jüngster Zuwächse) schwach bleibt und die Nachfrage nach importierten Investitionsgütern gering ist. Dagegen sank die Deckungsquote in der Ukraine unter 100%, weil die Umverteilung der Einkommen zugunsten der ärmeren Schichten (durch expansive Fiskalpolitik und nominelle Aufwertung) die Importe insbesondere von Konsumgütern stimulierte.

Trotz der in vielen Fällen günstigen Außenhandelsentwicklung bleibt die Leistungsbilanz der meisten MOEL stark defizitär (Übersichten 1 und 9). In Polen und insbesondere in Tschechien entspannte sich die Situation 2005 aufgrund der kräftigen Steigerung der Exporte; in Ungarn verharnte das Leistungsbilanzdefizit dagegen auf hohem Niveau (mehr als 7% des BIP), und in der Slowakei erhöhte es sich sogar markant.

In allen Ländern, die in den letzten Jahren massive Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen anzogen, wird die Leistungsbilanz zunehmend durch die Gewinne daraus (Teil der Einkommensbilanz) belastet, gleichgültig, ob ein großer Teil der Gewinne im Inland reinvestiert und statistisch als Zuflüsse an Direktinvestitionen erfasst wird. Bislang deckten in diesen Ländern (sowie in Estland) die Zuflüsse an Direktinvestitionen das Leistungsbilanzdefizit ganz oder weitgehend. In Lettland und Litauen gleichen die Zuflüsse an ausländischen Investitionen zwar nur etwa ein Drittel des außerordentlich hohen Leistungsbilanzdefizits (Lettland 12,5% des BIP); die hohe Auslandsverschuldung dieser Länder besteht aber zu einem beträchtlichen Teil in Verbindlichkeiten der baltischen Filialen schwedischer und finnischer Banken bei ihrer

**Leistungsbilanzen  
weiterhin defizitär**

In Südosteuropa hatte der Konsumboom eine rasante Zunahme der privaten Auslandsverschuldung zur Folge, während Russland und die Ukraine immer noch Nettoexporteure von Kapital sind.

Muttergesellschaft und gefährdet somit die außenwirtschaftliche Stabilität nicht unmittelbar.

Das Leistungsbilanzdefizit der meisten Länder Südosteuropas ist ebenfalls hoch und zum Teil weiter gestiegen<sup>4)</sup>. Letzteres trifft vor allem für Bulgarien, Kroatien und Albanien zu. In diesen Ländern sowie in Rumänien und Serbien ist ein negativer Leistungsbilanzsaldo jedoch ein Nebeneffekt des hohen Wachstums und wird ebenfalls überwiegend durch Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen gedeckt (weniger in Kroatien und Albanien). Die Auslandsverschuldung dieser Länder erhöht sich ebenfalls rasch; in der Regel wird dabei der Rückgang der öffentlichen Verschuldung durch die kräftige Ausweitung der privaten Verschuldung überkompensiert. Kroatien verzeichnet seit Jahren ein sehr hohes Leistungsbilanzdefizit, und die Auslandsverschuldung erreicht bereits 85% des BIP.

Übersicht 9: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslandsverschuldung <sup>1)</sup>		Währungsreserven der Nationalbank (ohne Gold) <sup>2)</sup>		Leistungsbilanz			
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2006	2007
	Jahresendstand in Mrd. €							
Tschechien	33,2	38,8	20,9	25,0	- 5,2	- 2,1	- 2,0	- 2,0
Ungarn	55,1	65,9	11,7	15,7	- 7,0	- 6,4	- 7,4	- 7,8
Polen	94,3	109,4	25,9	34,5	- 8,5	- 3,5	- 3,8	- 3,8
Slowakei	17,4	22,7	11,0	13,1	- 1,1	- 3,3	- 2,1	- 2,1
Slowenien	15,3	19,6	6,5	6,8	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,2
Estland	7,3	9,5	1,3	1,6	- 1,1	- 1,1	- 1,0	- 0,9
Lettland	9,8	12,8	1,4	1,9	- 1,4	- 1,6	- 1,6	- 1,7
Litauen	7,7	10,5	2,6	3,1	- 1,4	- 1,4	- 1,6	- 1,7
Bulgarien	12,6	14,5	6,4	6,8	- 1,1	- 2,5	- 2,8	- 2,5
Rumänien	21,9	30,5	10,8	16,8	- 5,1	- 6,9	- 7,6	- 8,3
Kroatien	22,8	25,5	6,4	7,4	- 1,4	- 2,0	- 1,9	- 1,8
Albanien	1,2	1,2	1,0	1,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Bosnien und Herzegowina	2,1	2,2	1,8	2,1	- 1,4	- 1,7	- 1,6	- 1,6
Mazedonien	1,5	1,8	0,7	1,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Montenegro	0,5	0,5	.	.	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Serbien	10,4	13,1	3,0	4,8	- 2,3	- 1,7	- 2,0	- 2,0
Russland	157,4	214,3	88,7	148,1	47,1	67,7	60,0	50,0
Ukraine	22,5	32,8	6,8	16,2	5,6	2,0	0,5	- 0,5

Q: Nationale Statistiken; 2005: vorläufige Zahlen, 2006 und 2007: Prognose des wiw. – <sup>1)</sup> Mazedonien: mittel- und langfristige Verschuldung. Bosnien und Herzegowina, Montenegro: öffentliche Verschuldung. – <sup>2)</sup> Währungsreserven, SZR und Reserveposition gegenüber dem IWF; Tschechien, Slowakei, Albanien: einschließlich Gold; Ungarn, baltische Staaten: Gesamtreserven.

Angesichts dieser Entwicklungen versuchen mehrere Länder, die heimische Kreditexpansion und somit die Ausweitung des externen Defizits durch restriktive Maßnahmen zu bremsen. Der Spielraum für einen wirtschaftspolitischen Eingriff ist aber gering: Die Fiskalpolitik ist infolge der jüngsten Konsolidierungsschritte bereits sehr restriktiv, während die Geldpolitik in einigen Ländern der Region durch ein Regime fixer Wechselkurse gebunden ist. Unter diesen Umständen griff die Wirtschaftspolitik auf Maßnahmen wie die Anhebung von Mindestreserven (Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina) und die Einführung von Obergrenzen für die Kreditvergabe (Rumänien, Bulgarien) zurück. Weil ein Großteil der steigenden Verschuldung auf den Unternehmenssektor entfällt, der im Gegensatz zu den privaten Haushalten meist direkt im Ausland Kredite aufnehmen kann, ist die Effizienz dieser Maßnahmen jedoch fraglich.

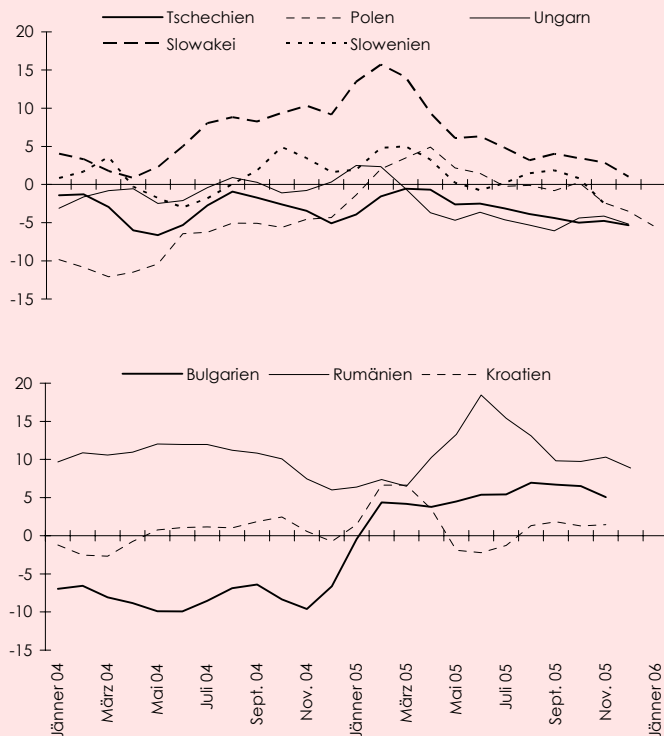
Unter den hier untersuchten Ländern erwirtschaften nur Russland und die Ukraine seit Jahren hohe Leistungsbilanzüberschüsse. Auslandsschulden des Staates können daher rechtzeitig oder sogar vorzeitig getilgt werden, eine Neuverschuldung ist nicht nötig (parallel dazu steigt allerdings die private Verschuldung rasant). Allerdings

<sup>4)</sup> In Mazedonien ist die beeindruckende Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos von -7,7% des BIP 2004 auf nur -1,4% 2005 der besseren statistischen Erfassung von privaten Transfers aus dem Ausland zuzuschreiben.

bleiben diese immer noch relativ armen Länder Nettoexporteure von Kapital, wenn auch in der Ukraine mit einer Umkehr diesen Trends bereits kurzfristig zu rechnen ist.

Abbildung 3: Lohnstückkosten in der Industrie

In nationaler Währung, Veränderung gegen das Vorjahr in %, gleitender Dreimonatsdurchschnitt



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

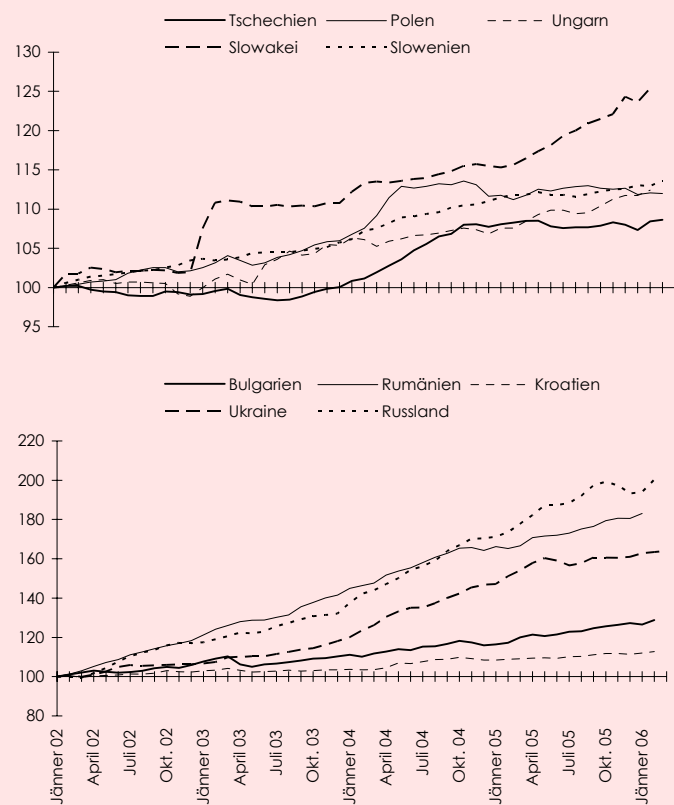
Weil sich die Konjunktur in der EU 15 beleben wird und die neuen EU-Länder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, wird sich ihr robustes Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren fortsetzen, sodass der Wachstumsvorsprung gegenüber Westeuropa von 2 bis 3 Prozentpunkten erhalten bleibt (Übersicht 1). Laut wiw-Prognose wird sich das Wachstum in Tschechien wegen einer beschleunigten Ausweitung der Importe etwas abkühlen, in der Slowakei dagegen dank steigender Exporte etwasverstarken. Für Polen – die mit Abstand größte Volkswirtschaft der Region – erwartet das wiw vor allem wegen des Auflebens der Binnennachfrage ebenfalls eine Wachstumsbeschleunigung; freilich erschweren die politischen Turbulenzen Prognosen für dieses Land. In den baltischen Staaten dürfte sich das derzeit sehr hohe Wachstum leicht verlangsamen. Trotz gravierender makroökonomischer Ungleichgewichte in Ungarn rechnet das wiw nicht unmittelbar mit einer Finanzkrise. Slowenien wird auch nach der Übernahme der gemeinsamen Währung seinen traditionell unspektakulären Wachstumspfad beibehalten.

In den EU-Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien ist ebenfalls mit einer Fortsetzung der derzeitigen Trends zu rechnen. Die Aussichten für die anderen Länder Südosteuropas hängen nach wie vor entscheidend von ihren Chancen für eine EU-Integration ab, die ihrerseits die Bewältigung mehrerer politischer und institutioneller Probleme (nicht zuletzt innerhalb der EU selbst) erfordern wird. Dies trifft insbesondere für Serbien zu, das bereits im Laufe des Jahres 2006 mit mehreren politischen Schocks konfrontiert sein wird, u. a. mit der wahrscheinlich endgültigen Loslösung von Montenegro und dem Kosovo. Auch die Entwicklung des Tourismus, einer wesentlichen Säule der Wirtschaft in einigen Westbalkanlandern (Kroatien, Montenegro), setzt Stabilität in der gesamten Region voraus.

## Ausblick

Abbildung 4: Index der Produzentenpreise

Veränderung gegenüber Jänner 2002 in %



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

### The Economic Boom in CEE Continues – Summary

Despite an economic slack in the EU 15 and, in many cases, the revaluated currencies, CEE countries achieved a sturdy growth again in 2005. This was primarily due to increased exports in the new EU member states and, throughout the remainder of CEE, as a result of booming consumption. The economic accomplishments of the new EU member states and also those of the acceding countries Bulgaria and Romania are largely based on successful restructuring, thanks to a massive influx of foreign direct investments (FDI). The western Balkan countries are increasingly benefiting from greater political stability and improved chances of an EU integration, whereas Russia and the Ukraine continue to be dependent on the world market economic situation, as regards energy and metals. For the first time, the largely completed restructuring of industries in the new EU member states resulted in a slight easing of tension within the labour market. Simultaneously, however, unemployment remains very high in many southern European countries and, in view of forthcoming restructuring, may rise further. Despite an impressive growth of exports in many new EU member states, sustained increasingly by improved quality standards, the external position of these countries remains high in deficit, in view of FDI-related profit. In southeast Europe, the boom in consumption has resulted in a breakneck increase in private foreign indebtedness.

The anticipated slight stimulation of economic activity within the EU 15, as well as the increasing competitive capacity of the new EU member states, will also enable a continuity of the latter's sturdy economic growth in the years to come. This growth will continue to be 2 to 3 percentage points above the level of Western Europe. The most recent consolidation achievements in the field of public finances in the majority of these countries enabled a lowering of their budget deficits below the 3 percent mark, as required by the Maastricht criterion for joining the European Monetary Union. However, relatively high inflation could prove to be problematic in several cases. Thus, Slovenia will presumably be the only new EU country to already adopt the Euro at the beginning of 2007. A continuation of current trends is to be expected in the EU acceding countries Bulgaria and Romania. The prospects of the remainder of the countries in southeast Europe largely depends on the surmounting of multiple political and institutional problems. However, FDI influx will increasingly replace foreign financial aid, with a view to providing security, reconstruction and revenue support. Favourable forecasts, regarding crude oil prices, and the strengthening of political stability in Russia will allow for the current growth rate of approximately 6 percent to be sustained in the years to come. Even short-term prospects concerning the Ukraine are encumbered with great uncertainties which, among other things, relate to questions of political stability and the level of energy prices.



In Russland und der Ukraine hingegen hängen die Wirtschaftstendenzen stark von der Volatilität der Weltmarktpreise für die Hauptexportprodukte Energie und Stahl ab. So werden die erwartete weitere Rohölverteuerung und die Festigung der politischen Stabilität in Russland auch in den kommenden Jahren ein Wachstum von rund 6% ermöglichen. Allerdings setzt dies die Beseitigung der Kapazitätsengpässe im Energieexport und mittel- bis langfristig die Schaffung der Voraussetzungen für eine Umstrukturierung voraus. Dagegen sind selbst die kurzfristigen Aussichten für die Ukraine mit großen Unsicherheiten etwa bezüglich der politischen Stabilität und der Energiepreise behaftet. In beiden Ländern werden jedoch die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen tendenziell steigen und somit zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur beitragen.